

GÜNTER TRAXLER

Stunde der Obskuranten



Das Duden-Fremdwörterbuch definiert Obskurantismus als das Bestreben, die Menschen bewusst in Unwissenheit zu halten, ihr

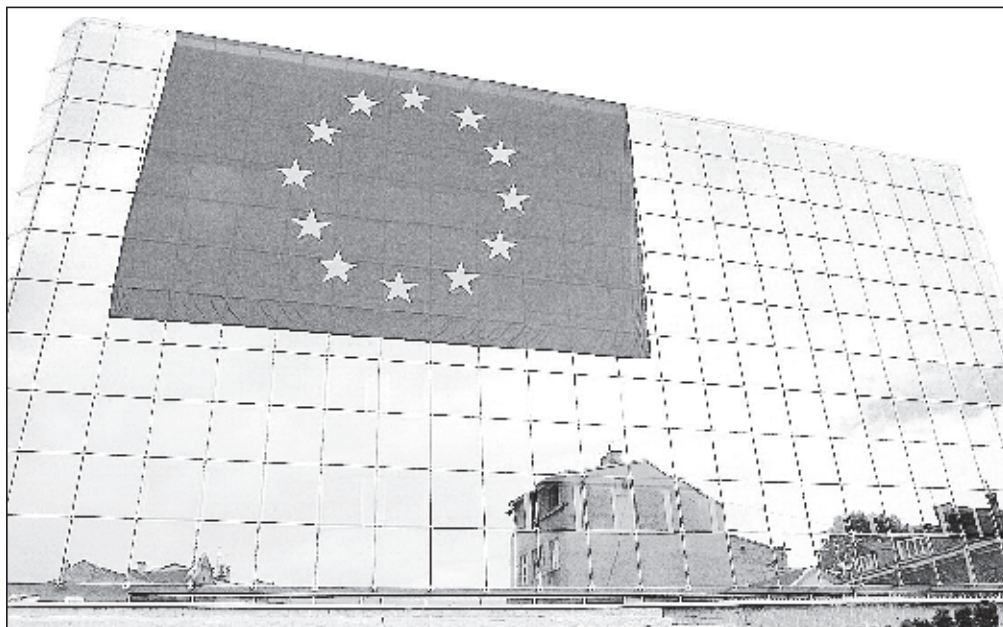
selbstständiges Denken zu verhindern und sie an Übernatürliches glauben zu lassen. Kein Zweifel, der Obskurantismus reckt wieder einmal sein Haupt. Im Vatikan und in Windischgarsten, beim Voodoo an der Jörg-Haider-Brücke und im Büro des Dritten Nationalratspräsidenten. Da darf der FP-Führer mit seinem Bestreben, sich als Inkarnation des Obskurantismus vor- und aufzudrängen, nicht fehlen. Die deutsche Bundeskanzlerin ist den Dunkelkammern im Vatikan mit einer Klarheit entgegengetreten, die man bei österreichischen Politikern vergeblich suchen wird, die stehen lieber parat zur Förderung von Obskurantismus, indem sie seine Vertreter in präsidiale Ehren setzen und/oder als mögliche Partner nicht aus den Augen lassen.

Es ist schon eine Zumutung, was wir in diesen Tagen alles glauben sollen. Erst soll es nur eine nette Geste im Sinne der Einheit der Kirche gewesen sein, dass der Papst einen bischöflichen Holocaust-Leugner wieder in deren Schoß zurückholte. Dann waren schlechte Berater schuld an der Entscheidung, dann habe der Papst von Williamsons bizarrem Geschichtsbild nichts gewusst, und weil nichts davon auch nur annähernd glaubwürdig ist, mutierte der Vorfall schließlich zu einem Missverständnis und einer „Kommunikationskatastrophe“. Katastrophe stimmt, in jedem Fall. Was, wenn Williamson sich weigert, sich vom Heiligen Geist bezüglich des Holocaust

erleuchten zu lassen? Das wäre eine schöne Blamage. Und tut er es, wird es nicht besser: Wer soll ihm, dessen Pius-Bruderschaft jüdische Bürger als Gottermörder stigmatisiert, abnehmen, dass er von einem Tag auf den anderen von einem obskuren Antisemitismus zu einer historischen Wahrheit geläutert wurde, der er sich längst hätte versichern müssen, weil auf Fakten beruhend?

Glaubhafter könnte da schon der neue Linzer Weihbischof widerrufen. Wenn er in Harry Potter Satanismus am Werk sieht, kann er das immer noch als Ergebnis einer literarischen Fehlinterpretation ausgeben, sollte er das Mittelalter überwinden wollen. Über die erbsündliche Natur der Pippi Langstrumpf besteht ohnehin kein Zweifel. Nur die Homosexuellen, die sollten sich zusammenreißen und von ihrer Sünde absteigen – wie kommen christliche Heteros dazu, für fremde Laster von Hurrikanen verweht und in einem Aufwaschen von Tsunamis hinweggespült zu werden! Leider hat ER da ein kleines Differenzierungsproblem.

Die islamistischen Obskuranten, die mit Demokratie und einem laizistischen Rechtsstaat nichts am Hut haben, dafür umso mehr mit Märtyrern des Glaubens, werden aufgewogen von den deutschnationalen, die sich ihr geistiges Rüstzeug aus dem Dritten Reich und dem „Aufbruch“-Versand besorgen und sich so gern wehleidig als Märtyrer ihrer vorgestrigen Gesinnung darstellen, weil man sie mit dem Rechtsstaat (noch) nicht so aufräumen lässt, wie sie das als populistisch wünschenswert versprechen. Bürgerbewaffnung ist Straches aktueller Brunntschrei. Schießt er doch selber gern. Und obskure Opportunisten stehen parat, ihn mit Munition zu versorgen.



„... den verfahrenen balkanischen Karren wieder flott kriegen“: Dependance der EU-Kommission in Sarajewo.

Foto: Reuters

Ein Europäisierungspakt für Bosnien

Abschied von Dayton – Aufbruch in eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen Brüssel und Sarajewo: ein diplomatischer Vorstoß zugunsten eines grundlegenden Strategiewechsels der europäischen Bosnienpolitik.

Wolfgang Petritsch
Christophe Solioz

Die kürzlich erfolgte Ernennung von Miroslav Lajčák zum neuen Außenminister der Slowakei und der damit verbundenen Rückzug als internationaler Zivilverwalter für Bosnien und Herzegowina markiert einen günstigen Zeitpunkt für eine längst fällige Neuordnung der Arbeitsbeziehungen zwischen Brüssel und Sarajewo. Dem kommt auch die erst jüngst zwischen den drei großen Parteien erzielte Einigung über eine neue Verwaltungsstruktur in Bosnien entgegen.

Wie weit dieser nachgerade vernünftig anmutende Vorschlag ernst zu nehmen ist, wird die Zukunft weisen; Skepsis ist angesagt. Dennoch sollte die Europäische Union die Parteichefs der bosnischen, serbischen und kroatischen Großparteien umgehend bei ihrem Wort nehmen.

Mehr Partnerschaft

Wir schlagen daher für den letzten Abschnitt des Wiederaufbaus Bosniens einen völlig neuen politischen Ansatz vor, der Partnerschaft und Mitverantwortung als zentrale Begriffe einer gemeinsamen Strategie festlegt. Das erscheint umso dringlicher, da sich die Welt in der größten Wirtschaftskrise seit 1929 befindet und gerade ihre Prioritäten neu verhandelt. Zugleich haben die bedeutsamen Änderungen in Washington auch für Bosnien Signalwirkung für eine mögliche Wende zum Besseren. Dem Vernehmen nach überlegt die Obama-Administration die Ernennung eines Balkan-Sonderbeauftragten. Die politische Wiederkehr der USA muss für Europa ein weiterer Ansporn sein, die Region endlich und umfassend zu stabilisieren.

Bosnien ist nach wie vor in einer schwierigen Lage, und das wird wohl noch einige Zeit so bleiben. Vom unvollendeten Staat Kosovo einmal abgesehen, ist kein anderes Land Südosteuropas so sehr abhängig von der entschlossenen Fortführung der europäischen Integration. Aber die Vereinigung Europas ist keine Einbahnstraße. Europa muss auch innerhalb Bosniens wachsen.

Mit zunehmender Resignation haben wir darauf gewartet, dass die lokalen Obrigkeiten ihre verantwortungslosen internen Streitigkeiten beilegen und von ihren alles dominierenden Partikularinteressen abrücken. Europa wäre nicht da, wo es heute ist, hätte es nicht vermocht, Brücken über historische Bruchstellen zu schlagen.

Bosnien und seine Bürger müssen sich rasch bewusst werden, dass das auch in ihrem Land möglich und machbar ist.

Offen gesagt schreit es zum Himmel, wie in diesem geschundenen Land immer noch Politik betrieben wird und wie weit man etwa von der Erfüllung der EU-Stabilitäts- und Assoziierungskriterien entfernt ist, die eine Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) und damit den längst überfällige Abbau der Abhängigkeit und internationalen Bevormundung ermöglichen würde. Das alles ist in letzter Zeit immer unerträglicher geworden – selbst für die stärksten Befürworter eines souveränen Bosnien.

Wir fragen uns manchmal, ob man sich eigentlich bewusst ist, welche bizarren Probleme diese Politik der ethnischen Obstruktion für Europa in Zeiten größter ökonomischer Herausforderungen bereitet. Dass sich Europa noch immer – viel zu sehr – um eine Region kümmern muss, in der der Konflikt bereits Jahre zurückliegt, trägt dazu bei, dass andere, potenziell viel bedrohlichere Krisenherde vernachlässigt werden: das Schicksal der Palästinenser in Gaza, die Bürgerkriege in Schwarzafrika, die Konflikte in und um Irak, Afghanistan, Iran; ganz zu schweigen von den globalen Herausforderungen des Klimawandels, der wachsenden Rohstoffkonflikte oder der notorischen Unterernährung in der südlichen Hemisphäre. – Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie dringend der erfolgreiche Abschluss des internationalen bosnischen Experimentes geworden ist.

„Change‘ ist auch in Bosnien möglich“: Christophe Solioz (li.), Wolfgang Petritsch. F.: Reuters/Archiv

Weniger Bürokratie

Was wir der Europäischen Union und Bosnien daher vorschlagen, ist, die abschließende Etappe der Staatsbildung mit einer beide Seiten verpflichtenden und detaillierten Übereinkunft – einem Europäisierungspakt – voranzutreiben. Es gilt gemeinsam und verbindlich festzuhalten: Welche wesentlichen Elemente eines lebensfähigen bosnischen Staates fehlen? Was sind die institutionellen Mindestvoraussetzungen für einen EU-Anwärter Bosnien? Jeder weiß, dass die gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen unhaltbar und die einhundertsechzig (!) Minister auf den Mehrfachebenen der Staats-

führung eine Geldverschwendungsmaschinerie ersten Ranges sind. Nahezu zwei Drittel des erwirtschafteten Geldes fließen in die Verwaltung. Während es in Afghanistan neun Tage dauert, um einen Betrieb anzumelden, benötigt der bosnische Wirtschaftstreibende dazu volle sechzig Tage. Daher bleibt die oft beschworene Verfassungsreform – die Verschlingung der byzantinisch anmutenden Bürokratie des Landes – oberstes Ziel und Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Die Zeit drängt

Ein realistischer Zeitrahmen, Modalitäten für ein gemeinsames Budget, Erfolgskontrolle und mögliche Sanktionen gehören ebenso zu unserem Vorschlag wie das beiderseitige Bekenntnis zur politischen Verantwortung für den Abschluss dieses wichtigen Projektes. Der politische Wille ist Voraussetzung für die sorgfältige Auswahl einer glaubwürdigen und kompetenten europäischen Persönlichkeit – des EU Special Representative – und mehr noch für dessen Arbeitserfolg bei der Umsetzung dieses bosnischen Übereinkommens.

Die Kontroverse um die erwähnte Dreiparteieneinigung in Bosnien wächst täglich; rasches Handeln ist daher angesagt. Internationale Mitarbeiter in Sarajewo wissen zu berichten, dass die EU dort zurzeit wie abgemeldet wirke.

Wenn es jedoch gelingt, den verfahrenen balkanischen Karren wieder flott zu kriegen, dann könnte eine solcherart verstandene neue Partnerschaft aller am Aufbau des Landes Beteiligten Bosnien endlich auf den Weg zur vollen Selbstbestimmung und politischen Eigenverantwortung führen.

Insgesamt ist die Aussicht ziemlich düster. Die vorgeschlagene Partnerschafts-Agenda von EU (unterstützt von den USA) und Bosnien könnte zum längst überfälligen Neuanfang führen. Daran muss Europa Interesse haben. In Washington weht bereits ein frischer Wind. Change ist auch in Bosnien möglich.

*Wolfgang Petritsch war von 1999 bis 2002 als Hoher Repräsentant internationaler Zivilverwalter von Bosnien und Herzegowina und ist zurzeit Botschafter bei der OECD in Paris; Christophe Solioz ist Generalsekretär des Center for European Integration Strategies (CEIS). Von ihnen erschien 2008 im deutschen Nomos Verlag der Band „Regional Cooperation in South East Europe and Beyond: Challenges and Prospects“.

LESERSTIMMEN

Was soll das, Frau Merkel?

Betrifft: Bericht über „Merkels Papst-Rüffel“

DER STANDARD, 5. 2. 2009
Es ist ziemlich einmalig, dass eine protestantische Bundeskanzlerin das Oberhaupt der römisch katholischen Kirche und das Staatsoberhaupt des souveränen Kirchenstaates aufruft, zum Holocaust Stellung zu nehmen.

Abgesehen davon, dass die Position Benedikt XVI in dieser Frage luppenrein ist, fragt man sich, ob die Staatschefin eines Staates, der weiß Gott mit Problemen aller Art überhäuft ist, nichts Wichtigeres zu tun hat, als, mit allem Respekt gesagt, saudumme Äußerungen eines völlig unbekanntenen englischen Pseudobischofs zu kommentieren. Etwas mehr Gelassenheit und die Beachtung der diplomatischen Usancen wären angebracht. – Was würde Frau Merkel sich wohl denken, wenn der Papst die früheren politischen Verbindungen ihrer Familie artikulieren würde?

Dr. Norbert van Handel
4652 Steinerkirchen

So nicht, Herr Küng!

„Klerus und Laienschaft sollen aufstehen“ – Interview mit Hans Küng

DER STANDARD, 4. 2. 2009
So bedenklich mir die Bestellung Gerhard Maria Wagners zum neuen Weihbischof von Linz erscheint, so sehr lehne ich den Abdruck von Aussagen des Theologen Hans Küng in og. Interview ab. Bei allem Respekt vor seiner Kompetenz und konstruktiven Absicht,

aber weder er selbst noch die Redaktion des STANDARD hätten zulassen dürfen, dass ein Satz wie „Österreich hatte immer schon besonders schlechte Bischöfe“ ohne nähere Eingrenzung veröffentlicht wird. So ist das nur Wasser auf die Mühlen der papstreuen und konservativen Kreise.

Ein österreichischer Weihbischof ist in erster Linie eine Angelegenheit der österreichischen Amtskirche, Zurufe aus dem Ausland dieses Zuschnitts sind da höchst entbehrlich.

Walter Pfandner
8295 St. Johann

Trotzdem nicht austreten!

Betrifft: Reaktionen der Kirchenbasis auf Weihbischof Wagner

DER STANDARD, 5. 2. 2009
Ich kann gut verstehen, wenn jetzt immer mehr Christen unserer Diözese und darüber hinaus sagen: „Jetzt reicht’s ma.“ Auch mir sind ähnliche Gedanken schon gekommen. Liebe Mitchristen, ich ersuche euch, „trotzdem“ nicht auszutreten und diesen geplanten Schritt nochmals zu überdenken. Denn das könnte ja so manchen „Herren“ sogar nur recht sein, die von einer kleinen, treuen Herde träumen. – Und für alle, die es mit ihrem persönlichen Gewissen nicht mehr vereinbaren können, gibt es – zusätzlich zur bereits möglichen „Zweckwidmung“ des Kirchenbeitrags von max. 50 % – nicht nur die Konten der bischöflichen, r.k. Kirchenbeitragsstellen.

Hans Riedler
4040 Linz